ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Währungspolitik - Öffentlicher Dienst - EG - Japan - Türkei - EG - Bundesrepublik - Rumänien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: Währungspolitik - Öffentlicher Dienst - EG - Japan - Türkei - EG - Bundesrepublik - Rumänien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 11, pp. 542-543

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135007

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

Währungspolitik

Der Trick mit der Reservewährung

Die englischen Vorschläge zur Bewältigung der Pfund-Krise treiben immer interessantere Blüten. Nachdem zunächst mit dem Abzug der britischen Rheinarmee gedroht wurde, sollen jetzt die USA und die Bundesrepublik das Pfund von seiner Reservewährungsfunktion befreien, denn nur darin sei das ganze Übel der britischen Währung zu sehen. Selbst wenn man diesen Glauben teilen würde und die Ursachen der Krise nicht etwa in der wirtschaftlichen und politischen Situation Großbritanniens sehen würde, müßte doch gesagt werden, daß nicht die Reservewährungsfunktion, sondern vielmehr der Verlust dieser Funktion Ursache für die Talfahrt des Pfundes ist.

Betrachtet man nun die englische Anregung, künftig nicht mehr das Pfund, sondern die DM als Reservewährung zu halten, etwas genauer, dann kann man den Engländern getrost bescheinigen, daß sie wieder einmal einen Lösungsvorschlag präsentierten, der ihnen wirtschaftlich und politisch nicht „wehtut". Die Bundesrepublik müßte zur Konsolidierung des Pfundes D-Mark abgeben und Pfund aufkaufen. Dadurch würde sie in eine Schuldnerposition gegenüber den jetzigen Pfund-Besitzern kommen und gleichzeitig Gläubiger der Briten werden. Abgesehen davon, daß sich durch diese Operation die internationale Liquidität erhöhen würde, ist diese Aussicht nicht gerade begrüßenswert.

Damit der englische Vorschlag aber überhaupt einen Sinn hat, müßte die Bundesrepublik die Pfund-Guthaben solange halten, bis sich die Lage in Großbritannien erheblich stabilisiert hat. Aussagen über diesen Zeitpunkt gehören aber in den Bereich der Prophetie. Das heißt letztlich aber nichts anderes, als daß die Bundesrepublik Großbritannien eine unbegrenzte Kreditfinanzierung gewähren müßte, ohne daß die Briten selbst ernsthafte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im eigenen Land einleiten. ge

Öffentlicher Dienst

Mehr Arbeitsplätze gefordert

In ihrem Herbstgutachten haben die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute u. a. das restriktive Verhalten des Staates als Arbeitgeber kritisiert und eine Vermehrung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gefordert. Die anhaltende, massive Zurückhaltung der Gebietskörperschaften bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst stellt nach Auffassung der Gutachter eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes dar. Der finanzielle Spielraum für Mehrbeschäftigung soll dabei im Rahmen einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik durch niedrigere Tarifabschlüsse geschaffen werden, so daß eine weitere Belastung der öffentlichen Haushalte vermieden wird.

Es erscheint wenig realistisch anzunehmen, daß in der nächsten Tarifrunde die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereit sein sollten, mit deutlich unter dem Unternehmenssektor liegenden Lohnsteigerungen einen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes allein zu leisten. Der damit geschaffene Zusammenhang zwischen der Situation der öffentlichen Haushalte und Tarifverbesserungen im öffentlichen Dienst dürfte für die Gewerkschaften nicht diskutabel sein.

Zu überlegen bleibt, ob es nicht – unabhängig von Tarifabschlüssen – trotzdem an der Zeit ist, daß der Staat auch in seinem eigenen Bereich eine arbeitsmarktorientierte, antizyklische Beschäftigungspolitik betreiben sollte. Eine derartige Politik, die nicht von der jeweiligen Einnahmesituation abhängen dürfte, muß natürlich gewährleisten, daß bei fortschreitender Entlastung des Arbeitsmarktes der Personalbestand wieder schrittweise abgebaut wird. sf

EG–Japan

Absprache über Stahlimporte

Als nach Ablauf des ersten Halbjahres 1976 die Stahlimporte aus Japan in die Länder der Europäischen Gemeinschaft die 700 000-t-Grenze erreicht hatten, standen in Brüssel die Zeichen auf Sturm. Nachdem mit den „Big Six" unter den japanischen Stahlkonzernen für 1976 eine freiwillige Beschränkung auf 1,22 Mill. t abgesprochen war, war nach diesem Halbjahresergebnis klar, daß die Japaner sich nicht an die getroffene Abmachung halten würden. Das war um so ärgerlicher, als man den Japanern dafür die sogenannten Drittmärkte überlassen hatte, um Marktstörungen innerhalb der EG so gering wie möglich zu halten. Als Beschwerden auf verschiedenen Ebenen offenbar wenig fruchteten, setzte die EG-Kommission eine hochgestellte Delegation nach Tokio in Bewegung, die von Japan eine volle Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen und eine explizite Einbeziehung der besonders betroffenen Spezial- und Formstähle verlangte.

Von japanischer Seite wurde in der Vergangenheit bei Hinweisen auf eine Verletzung der Selbstbeschränkungsabkommen wiederholt das Argument vorgebracht, daß die „Big Six" sich an die getroffenen Absprachen hielten, die kleinen Stahlproduzenten jedoch diese Abmachungen unterliefen. Man mußte diesem Einwand aber immer schon mit einiger Skepsis begnen, da man annehmen konnte, daß aufgrund der Machtverhältnisse in der japanischen Stahlindustrie und der zum Teil bestehenden Abhängigkeit der Kleinen von den „Big Six" durchaus Möglichkeiten bestanden hätten, die kleineren Produzenten in Reih und Glied zu zwingen. Dieser Verdacht wird durch die nun zwischen der EG-Kommission und der japanischen Regierung getroffene Vereinbarung erhärtet, die zum ersten Mal auch die kleinen Stahlproduzenten in die vorgenommene Regelung mit einbezieht. Wo ein Wille ist, ist offenbar auch in Japan ein Weg. kk

Türkei—EG

Unannehmbare Forderung

Die Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft, ihre Beziehungen mit den Mittelmeerstaaten zu verbessern, sind nach den erfolgreichen Verhandlungen mit den arabischen Mittelmeerländern nun im Falle der Türkei ins Stocken geraten. Das liegt daran, daß die Forderungen der Türkei das Angebot der EG weitgehend übersteigen. Die Türkei verlangt unter anderem im Bereich der Kapitalhilfe rd. 600 Mill. RE in den nächsten fünf Jahren, weitgehende Zugeständnisse beim Zugang türkischer Produkte zum Gemeinsamen Markt und eine Wiederherstellung des bisherigen Präferenzstatus, der durch inzwischen gewährte Präferenzen für andere Mittelmeerländer geschmälert worden ist. Außerdem fordert die Türkei, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bei ihrer Arbeitsplatzwahl zwischen den EG-Ländern und der Türkei schrittweise herzustellen. Diese Regelung sollte schon ab dem 1. Dezember 1976 für 60 000 türkische Arbeitnehmer gelten.

Gerade die letzte Forderung ist für die EG-Länder und vor allem für die Bundesrepublik, die 90 % der türkischen Arbeitnehmer aufnimmt, wegen der hohen Arbeitslosigkeit nicht annehmbar. Dennoch ist anzunehmen, daß trotz der bestehenden Schwierigkeiten eine Kompromißlösung gefunden wird, denn die Türkei spielt im Rahmen der Mittelmeerpolitik Westeuropas eine besondere Rolle. Die EG muß aufgrund ihrer politischen Interessen möglicherweise zu weiteren wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit sein. Insgesamt kann die EG mit ihrer bisherigen Mittelmeerpolitik zufrieden sein. Denn allein in den letzten eineinhalb Jahren sind Abkommen mit Israel, mit den Maghreb-Ländern Algerien, Marokko und Tunesien sowie schließlich mit Ägypten, Syrien und Jordanien abgeschlossen worden, die eine Verbesserung der bestehenden Beziehungen mit sich bringen. na

Bundesrepublik—Rumänien

Erstes Gemeinschaftsunternehmen

Das erste deutsch-rumänische Gemeinschaftsunternehmen auf rumänischem Boden, die Getriebefabrik Resita-Renk S.A., wurde — nachdem die Produktion bereits vor einem Jahr angelaufen war — nun auch offiziell eingeweiht. Daß diese Form der Kooperation in einem sozialistischen Land für beide beteiligten Partner Modellcharakter trägt, liegt auf der Hand.

Die leichte Skepsis, die von Anbeginn wohl nicht nur auf deutscher Seite über dem Projekt gelegen haben dürfte, könnte sich in dem späten offiziellen Einweihungstermin ausdrücken: Man wollte zunächst erste Erfahrungen und möglichst erste Erfolge aufweisen. Das erste Produktionsjahr freilich hat auf deutscher Seite einen leicht gedämpften Optimismus hinterlassen. Zwar ist die Auftragslage ausgezeichnet; jedoch wird den Problemen, die sich aus der besonderen Stellung eines einzelnen, innerhalb einer weitgehend zentral geleiteten Volkswirtschaft quasi isoliert nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeitenden Unternehmens ergeben, verstärkt Gewicht beigemessen. So sieht sich Resita-Renk z. B. auch bei der Preisbildung vor Schwierigkeiten gestellt. Die am Gemeinschaftsunternehmen beteiligte Außenhandelsgesellschaft Uzinexportimport setzt bis jetzt für jedes der qualitativ hochwertigen Getriebemodelle aus dem relativ breiten Produktionsspektrum die Preise aufgrund von Preisvergleichen mit Serienmodellen anderer Hersteller fest, die zum Teil weitaus höhere Stückzahlen erreichen und demnach geringere Stückkosten aufweisen. Diese für Resita-Renk nicht unbedingt kostengemäße Preisfestsetzung durch den rumänischen Partner mindert naturgemäß die Gewinnerwartung.

Aber auch für Rumänien könnte sich diese Form der Zusammenarbeit mit westlichen Partnern speziell aus ideologischer Sicht als problematisch heraussteilen, wenn sie entsprechend den Wünschen Ceausescus in Zukunft intensiviert werden sollte: Einerseits wächst die Abhängigkeit von westlichen Handelspartnern, und andererseits erschwert eine wachsende Zahl von Gemeinschaftsunternehmen mit marktwirtschaftlicher Arbeitsweise die zentrale Planung und Leitung. pp